

Prof. Michael Schumann

Ich bin Soziologe mit den Schwerpunkten „Arbeit“ und „Bildung“. Mir geht es darum, meine Forschungserkenntnisse in gesellschaftliche Praxis einzubringen. Das meint etwa in die Entwicklung einer Arbeitsgestaltung, die gleichermaßen wirtschaftliche Vorteile wie Arbeitsverbesserungen ermöglicht. Dieses Konzept einer „innovativen Arbeitspolitik“ sucht Lösungen dafür, Effizienzsteigerung nicht auf Kosten der Beschäftigten zu erreichen, sondern durch bessere Nutzung und Ausbau von Know-how und Kreativität.

Prof. Robert Schwager

Mein Forschungsgebiet ist die Finanzwissenschaft, also die Lehre von den öffentlichen Ausgaben und Einnahmen. Speziell interessieren mich der föderale Staatsaufbau und zwischenstaatliche Zahlungen auf kommunaler Ebene, in Deutschland und in Europa. Ziel meiner Arbeit ist es einerseits, die Wirkungen finanzpolitischer Instrumente, zum Beispiel eines kommunalen Finanzausgleichsgesetzes oder des Europäischen Stabilisierungsmechanismus, zu ermitteln, andererseits aber auch die politischen Beweggründe für die finanzpolitischen Entscheidungen zu verstehen.

Die Systemfrage neu stellen

Prof. Michael Schumann, Soziologe, und Prof. Robert Schwager, Finanzwissenschaftler, im achten Professorengespräch über soziale Ungleichheit, die Verschuldungsproblematik und die grundlegende Frage nach dem System.

Gesprächsleitung: Sven Grünewald Fotografie: Marco Bühl

Nehmen Sie in Sachen sozialer Gerechtigkeit in Deutschland eine Schiefelage wahr?

Schumann: *Ich nehme eine extreme Schiefelage in der Frage soziale Gerechtigkeit wahr und ich sehe darin einen der Hauptgründe für die zunehmende Beunruhigung in der Gesellschaft. Soziale Gerechtigkeit als Anspruch auf einen tragfähigen gesellschaftlichen Konsens hat im Bewusstsein der Bevölkerung den höchsten Wert. Und wenn immer mehr der Eindruck entstehen muss, dass diese Norm verletzt ist, dann sind wachsende Unzufriedenheit, Unruhe oder Protest durchaus schlüssige Reaktionen.*

Schwager: *Ich würde da durchaus eine Gegenposition vertreten. Erstens ist es sehr offen, was man als Norm für soziale Gerechtigkeit ansehen würde. Insofern ist es sehr schwierig zu sagen, es müsste so und nicht anders sein. Zweitens bin ich auch nicht sicher, ob soziale Gerechtigkeit den meisten Bürgern so wichtig ist.*

Schumann: *In Meinungsumfragen gibt es keine gesellschaftliche Norm, die so hoch wie soziale Gerechtigkeit bewertet wird. Gleichzeitig nehmen Mehrheiten eine Entwicklung zu größer werdender Ungerechtigkeit wahr: Die Reichen werden reicher, die Armen werden ärmer und die Mitte ist auf einem Abwärtstrend. Das wirtschaftspolitische Konzept des Neoliberalismus hat versprochen: mehr soziale Gerechtigkeit und Wohlstand durch Marktfreiheit. Der Fahrstuhleffekt, „wir kommen alle hoch“, sollte eintreten. Das Gegenteil wurde Realität: Aufstieg für wenige, Abstieg für größer werdende Schichten.*

Schwager: *Man sieht sicherlich ein Auseinandergehen. Aber die Krise ist für die Gerechtigkeit dahingehend gut, dass die reichen Leute verlieren. Dass das Wohlstandsversprechen überhaupt nicht eingehalten ist, sehe ich jedoch nicht. Wir hatten im Großen und Ganzen in den letzten Jahren – Krise hin oder her – auf einem hohen Niveau Wachstumsraten. Es ist auch nicht so, dass objektiv die Ärmsten wirklich ärmer werden, aber es stimmt, dass die Reichen schneller reicher werden als man unten hoch-*

kommt. Die Frage ist, wie sehr die Bevölkerung und die Politik dieses Auseinandergehen an sich als Problem ansehen sollten. Ich bin eher skeptisch, dass das Unbehagen daher kommt, dass Reiche noch ein bisschen reicher werden.

Schumann: Die Proteste, die wir momentan in verschiedenen europäischen Ländern beobachten, sind auch Reaktionen darauf, dass diese Systemversprechen nicht eingelöst werden. Ein Zuwachs des Sozialprodukts fand in der Tat statt, aber er geht an zu vielen vorbei. Die Gruppe der Ausgeklammerten ist auf 15 Prozent gewachsen; die Mittelschicht verbessert sich nicht mehr, sondern stagniert und sieht sich in Gefahr abzusteigen. Und wenn da jetzt einige Reiche Aktieneinbußen beklagen, dann rechtfertigt das kaum, die Kategorie „arm“ ins Spiel zu bringen. Wenn die Politiker sich darüber streiten, ob zehn Euro mehr für Hartz IVler nicht zu viel sein könnten, dann drängt sich der Eindruck auf: Wissen die noch, was das für die Menschen real bedeutet? Wir sind einmal in der Bundesrepublik angetreten, einen sozialen Kompromiss zu finden, der alle einbezieht. Ich habe den Eindruck, dass dieser Anspruch spätestens mit der Koalition SPD-Grüne 1998 aufgegeben wurde.

Schwager: Die Verluste für die Unteren, gerade durch die Reform von Rot-Grün, kann ich nicht sehen. Hartz IV hat die Grundsicherung umgestellt, aber nicht nach unten abgesenkt. Der wesentliche Effekt der Reformen der rot-grünen Regierung war der dramatische Rückgang der Arbeitslosigkeit. Sicherlich um den Preis sehr langsam steigender Löhne, aber es ist trotzdem die Frage, ob zwei Millionen mehr Leute, die ein bisschen mehr Grundsicherung bekommen, aber nicht arbeiten, wirklich ein gesellschaftlicher Fortschritt wären gegenüber sehr vielen Leuten, die beschäftigt sind und moderate Löhne verdienen.

Seit 2000 sind die Löhne in Deutschland allerdings real gesunken.

Schwager: Das ist gerade die spiegelbildliche Entwicklung zu dem Beschäftigungsaufbau. Man kann mehr Beschäftigung nicht bekommen, ohne dass die Löhne sinken. Das zeigt nicht nur die Hartz-Reform, sondern auch die europäische Entwicklung. Da kommt man nicht heraus.

Schumann: Bei der Entwicklung der Beschäftigten reden viele heute schon so, als hätten wir das Problem der Arbeitslosigkeit überwunden. Wir haben aber noch 2,8 Mio. und dazu eine Dunkelziffer von weiteren 1,7 Mio. Es gibt diese Position, die sagt: besser in Niedriglohn als überhaupt keine Beschäftigung. Die Anzahl der Niedriglöhner ist von 4,3 Mio. 1995 auf 6,4 Mio. 2007 gestiegen – vor allem dadurch ist die Quote der Beschäftigung gestiegen. Wenn ich mir „Leiharbeit“ anschau – 1995 gab es 162.000, jetzt 1 Mio. Leiharbeiter. Die Spannweite im Verdienst zwischen Arbeitslosen und Niedriglohnarbeitern ist nicht groß. Oft sind Zusatzarbeiten lebensnotwendig. Das Desaster, von Beschäftigung ausgeschlossen zu sein, ist nur schwer zu ertragen. Aber rechtfertigt das politische Angebote einer unbezahlten „Beschäftigung“?

Schwager: Man kann natürlich sagen, dass alle mehr verdienen sollten. Aber wenn es nicht darstellbar ist? Es gibt übrigens auch empirische Befunde, die die hohe Bedeutung der Beschäftigung zeigen. Von vielen Dingen, die eine Rolle spielen, taucht Arbeitslosigkeit sehr systematisch als ein Faktor auf, der mehr als ein Einkommenszug die Leute unglücklich macht. Trotzdem kann man verstehen, dass man fragt: Wie niedrig darf der Lohn sein?

Aber gerade in der Beschäftigungspolitik – Heiner Flassbeck sagt seit Jahren, dass es überhaupt keinen empirischen Zusammenhang gibt zwischen Lohnzurückhaltung und Beschäftigungszunahme. Es gibt zum Beispiel von der Hans-Böckler-Stiftung einen Vergleich zwischen Deutschland und Frankreich – Wachstum von BIP, Bruttolöhnen und Beschäftigung – und Deutschland schneidet in allen Kategorien deutlich schlechter ab. Gleichzeitig sind die geleisteten Arbeitsstunden pro Person rückläufig, obwohl die Arbeitslosenquote formal sinkt.

Schumann: Die Statistik zeigt gerade im internationalen Vergleich, wie rückständig eines der reichsten Länder der Welt bei der Lohnentwicklung ist. Wie ist das zu rechtfertigen?

Schwager: Zu rechtfertigen ist es vielleicht nicht, aber zu erklären. Das ist die Euro-Zeit. Wir haben durch die einheitlichen Zinsen massiv Kapital exportiert in die Länder, die die hohen Wachstumsraten haben. Das hat dort zu Investitionen geführt, zu mehr Beschäftigten, einem Aufwärtstrend in den Löhnen. Wir haben dem mit sehr niedrigen Lohnabschlüssen entgegen arbeiten müssen und mit den Reformen im Sozialsystem. Was man da sieht ist der Effekt der Vergemeinschaftung der geldpolitischen Risiken in Europa.

Aber Deutschland hat dank des Korsetts der Währungsunion durch seine Lohnzurückhaltung im Bereich der Lohnstückkosten seine Wettbewerbsfähigkeit immer weiter verbessert – zu Lasten der Länder wie Griechenland, Portugal etc. Im Grunde ist die Lohnzurückhaltung nicht unbedingt eine Zwangsläufigkeit gewesen, sondern ein Instrument der Wettbewerbssteigerung. Gleichzeitig hat man dadurch den deutschen Binnenmarkt vernachlässigt.

Schwager: Aber es sind die fehlenden Investitionen, die die niedrigen Löhne erzeugen. Ja, wir haben Überschüsse aus dem Export, aber die Ersparnisse sind dazu verwendet worden, um den anderen Ländern Kredite zu geben.

Schumann: Sehen Sie das wachsende Problem der größer werdenden sozialen Kluft als Ökonom entweder gar nicht oder halten Sie es nicht für besonders relevant? Etwa der Sachverhalt, dass mittlerweile in Deutschland 10% über 61% des Vermögens verfügen und die Hälfte nur über 2%. Nehmen Sie das einfach als gegeben hin und dem System geschuldet?

Schwager: Es gibt natürlich Unzufriedenheit, wenn Leute sehen, dass sie das Einkommensniveau nicht werden halten können. Das ist politisch gefährlich. Aber es bleibt trotzdem die Frage, was man dagegen tun kann.

Schumann: Die meiste Unzufriedenheit richtet sich natürlich gegen die Nicht-Leistungserbringer, also die, die nur von ihren Vermögenswerten in einem Wohlstand leben, den sich andere kaum ausmalen können. Bei Leistungserbringern wird vor allem wahrgenommen, wie sich in den letzten Jahrzehnten die Einkommensrelationen verschoben haben: Beim Start der Bundesrepublik, als wir die Gleichheitsprämisse noch ernster genommen haben, galt etwa die Relation 10 zu 1. Heute sind es 100 oder 200 zu 1. Dem Facharbeiter, der 3.500 verdient, und dem Leiharbeiter, der 1.200 verdient stehen Millioneneinkommen der Manager gegenüber.

Schwager: Ich glaube aber, dass gerade von den Leiharbeitern oder dem normalen Facharbeiter mehr und negativer über die Empfänger von Sozialtransfers geredet wird als über die Superreichen; dass man sich genauso nach unten wie nach oben abgrenzt.

Schumann: Galt, aber gilt zunehmend weniger. Spätestens seit der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 ist eine wachsende Systemunsicherheit bis hin zur Angst entstanden. Größer werdende soziale Proteste zeichnen sich ab. Die Geste einiger Reicher, freiwillig mehr Steuern zahlen zu wollen, zeigt ihr Gespür dafür, dass etwas auseinanderdriftet. Der Kitt der Zusammengehörigkeit in der Gesellschaft geht verloren. Die Entwicklung signalisiert mehr Ansätze einer Politikkrise. Und vielleicht am wichtigsten: zunehmend weniger Leute trauen den Politikern zu, Lösungen auf die anstehenden Fragen zu finden.

Schwager: Gerade in der Behandlung des Finanzsektors würde ich da zustimmen. Ich kenne sehr viele Leute, die nicht verstehen, warum man den Banken so unendlich viel Geld aus Steuermitteln gibt. Das verstehe ich selbst auch nicht. Die interessante Frage ist, warum die Politik das macht.

Schumann: Michael Naumann (SPD) hat letzstens geschrieben, dass die Sozialdemokraten und die Grünen in ihrer Regierungszeit genau die Politik betrieben haben, die dann von den Konservativen fortgesetzt werden konnte: Diener für den Finanzmarkt zu sein. Was zu einer sich der Kontrolle immer mehr entziehenden Machtstellung des Finanzmarkts geführt habe. Naumanns, wie mir scheint recht plausible, These ist: Die Finanzwelt fesselt die Politik. Sie ist zur bestimmenden gesellschaftlichen Kraft geworden. Gerade bei der Lösung der anstehenden Verteilungsfragen kann sie ihre Interessen einseitig zur Geltung bringen.

Schwager: Die haben die Macht aber nur, weil sie sie von der Politik bekommen haben. Ich sehe heute immer noch nicht, was Schreckliches passiert wäre, wenn man die Hypo Real Estate hätte insolvent werden lassen. Jetzt versucht man, diese Ansprüche, die auch schon vor der Finanzkrise angewachsen sind, mit Hilfe von Steuermitteln möglichst aufrecht zu erhalten, obwohl dem eigentlich keine realen Werte gegenüberstehen – statt dass man diesen Leuten, die auf dem Papier davon profitiert haben, abverlangt, die Verluste auch real zu tragen.

Schumann: Aber das klammert die Frage der Macht aus. Wir ahnen jetzt alle, dass die Politik mit diesem Kotau vor den Kapitalinteressen falsch reagiert hat. Aber die Machtverhältnisse haben sich so verschoben, dass die politischen Gestaltungsspielräume schon allzu eingeschränkt sind.

Schwager: Ich sehe immer noch nicht, dass es keine politische Handlungsfähigkeit gibt. Der Staat könnte beschließen ...

Schumann: Aber warum hat die Politik seit 2008 keine Finanzmarkt-Regulierung durchgesetzt? Nach der Finanzkrise – fast alle klagten zunächst mehr Regulierung ein. Also muss es doch mächtige Kräfte geben, die das verhindert haben.

Schwager: Es gibt natürlich Interessengruppen, die sich da durchgesetzt haben.

Schumann: Mein Eindruck ist, dass wir uns zu lange damit zufrieden gegeben haben, die Systemfrage auszuklammern. Nach dem Motto: Es gibt keine Alternative zum jetzigen System von Kapitalismus und Marktwirtschaft. Deren Versprechen haben sich aber nicht erfüllt. Gleichzeitig hat der Kommunismus nicht funktioniert – nicht nur, weil mit ihm Demokratie und Freiheit verloren gingen, sondern weil seine bürokratischen Planungssysteme versagten. Wir wissen also heute: Allein mehr Staat kann nicht die Lösung sein – ebenso wenig aber allein mehr Markt. Es gilt in diesen Fragen die Phantasielosigkeit und Denkblockaden zu überwinden. Systemalternativen müssen angedacht werden – in unseren beiden Wissenschaften, aber auch in der Politik.

Es gibt in diesem Zusammenhang seitens Albrecht Müllers von den Nachdenkseiten oder von Heiner Flassbeck die Kritik, dass gerade der volkswirtschaftliche Diskurs ein extrem einseitiger ist.

Schwager: Das ist insofern einseitig, als dass die Position, die Herr Flassbeck vertritt, eine Minderheitsmeinung ist. 90% der Leute würden doch dem marktwirtschaftlichen Konsens zustimmen. Aber in der Tat, wir denken nicht in Fragen des Wirtschaftssystem, man schaut sich Details an. Insofern ist man da eher technokratisch und nicht grundlegend staatstheoretisch.

Schumann: *Man darf sich dieser dezidierten Systemfrage aber nicht entziehen und muss die Frage Markt versus Staat neu stellen. Wo muss der Staat gestaltend, regulierend und kontrollierend eingreifen, in welchen Dimensionen und wo ist er ein Störfaktor? Es kann meiner Ansicht nach nicht sein, dass der Reichtum auf der einen Seite zunimmt, seine Verteilung aber immer ungerechter erfolgt. Oder, was in der Presse diskutiert wird, dass ein Drittel der Nahrungsmittel im Müll landet bei gleichzeitig weltweiten Hungersnöten. Das ist doch ein Grad an gesamtgesellschaftlicher Irrationalität, den sich die Menschheit auf Dauer nicht mehr gefallen lassen darf.*

Gehen wir noch einmal auf die Staatsschulden ein. Man sieht etwa bei den Kommunen, dass die ganz basale Leistungen kaum noch anbieten könne. Ist es nicht Zeit für eine breite Steuererhöhungsdiskussion?

Schwager: *In der langfristigen Betrachtung ist die Steueraufkommenskurve sehr flach. Selbst wenn man die Steuersätze massiv anheben würde, um 10, 20%, dann würde man vielleicht nur 5 oder 6% mehr Aufkommen erzeugen könnte. Allein deshalb ist es illusorisch, die Staatsverschuldung über Steuererhöhungen beseitigen zu wollen.*

Schumann: *Die Sache ist doch: Wir haben eine Schuldenkrise und eine Legitimationskrise. Wer kommt für die Schulden auf? Werden es wieder die üblichen Gewinner und Verlierer sein? Werden durch die Steuerschraube, also Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer, Einkommensteuer, die Akzente in Zukunft anders gesetzt? Wird zumindest damit versucht, die Gerechtigkeitslücke nicht zu erweitern, sondern zu verengen?*

Schwager: *Mag sein, dass es politisch geboten ist, weil es ein Ungerechtigkeitsgefühl abbaut, wenn man die Vermögensteuer wieder einführt oder die Einkommenssteuer anhebt. Die Volumina, die da generiert werden können, sind aber eine ganz andere Größenordnung als das, was an Staatschuld da ist. Alleine die Garantien für den europäischen Stabilisierungsfonds sind dreistellige Milliardenbeträge. Von daher trifft die Staatsverschuldung den normalverdienenden Arbeitnehmer über die Sozialversicherungsbeiträge oder vielleicht eine höhere Einkommenssteuer. Aber letztlich muss es bei den Leuten, die Einkommen vom Staat bekommen, landen. Also die Rentner und Beschäftigten im Öffentlichen Dienst.*

Sie sehen also keine Alternative zum Spar-Mantra?

Schwager: *Wenn man Schulden hat, muss man die Einnahmen und Ausgaben in Übereinstimmung bringen. Und ich glaube, dass bei Einnahmeerhöhungen quantitativ nicht viel passieren kann. Diese Dinge sind eher für das Gerechtigkeitsgefühl als für die Kasse.*